

Post.

betätigt zweimaliger Zustellung
 für Wien:
 monatlich K 5.—
 vierteljährlich 14.50
 halbjährlich 29.—
 Für den Verleih in Wien:
 bei täglich zweimaliger Zustellung:
 monatlich K 5.50
 vierteljährlich 17.50
 halbjährlich 35.—
 bei täglich einmaliger Zustellung:
 monatlich K 5.20
 vierteljährlich 16.50
 halbjährlich 31.—
 Einzelpreise:
 Morgenblatt 16 h
 Sonn- und Feiertagsblatt . 20
 Nachmittagsblatt 8
 Für Deutschland:
 vierteljährlich, Kreuzband, K 18.—
 und durch die Postämter laut dort
 anliegender Postbestimmungen.
 Länder des Weltpostvereins:
 vierteljährlich, Kreuzband, K 22.—

Reich-**Ungarns.**

917

XXIV. Jahrgang

Reichs Kriegszielen

ert. — Das Abgeordneten-

promiß zweifellos für das Abgeordnetenhaus annehmbar gewesen. Trotzdem wurde die Prestigefrage heute neuerlich vor allem von den Sozialdemokraten aufgeworfen, das eine Haus gegen das andere neuerlich aufgereizt und die Geneigtheit zur Verständigung leidenschaftlich bekämpft. Es ist kein Zufall, daß just zur selben Zeit in Bayern ein sozialdemokratischer Antrag aufsteht, der die Aufhebung der Ersten Kammer verlangt und das Einlammerhsystem als Bestandteil einer Verfassungsreform macht, welche die Sanktionsrechte der Krone beseitigen, den Adel abschaffen, Staat und Kirche auf seine Fahnen schreibt. Auch bei uns erhebt sich, begünstigt durch die Achlosigkeit der Gefährdeten, derselbe Revolutionswind. Er segte bereits wiederholt durch die Korridore des Parlaments, seitdem der Adler-Prozess zu einer politischen Angelegenheit gemacht wurde, und bis zuletzt die Kronrechte in der sogenannten Friedensdebatte in Frage gestellt wurden. Das Herrenhaus hat sich in diesen Fällen pflichtgemäß in seiner erdrückenden Mehrheit gegen den Umsturz gestellt, seine Beseitigung ist daher die erste Voraussetzung für die offen angestrebte Konventionsherrschaft. Um diese handelt es sich den Sozialdemokraten, um die innerpolitischen Schwierigkeiten für ihre Ziele auszumühen. Und statt diesen Vorstößen entgegenzutreten, statt die Brunnenvergiftung zu hintertreiben, bekämpfen die staatserkaltenden, die konservativen Parteien einander um einer Kanapeefrage willen; statt gemeinsam auf der Grundlage des Bestehenden die künftige Entwicklung nach dem Kriege aufzubauen, wird derart der Umsturz, der Sprung ins Dunkle in seiner Vorbereitung gefördert. Wie die Dinge heute liegen, besteht der Erfolg des Krieges im Innern in der Bereicherung und unerhörten Machtgewinnung jener Elemente, die am Bestande des Staates keinerlei nationales oder vaterländisches Interesse haben, anderseits in der Stärkung jener nationalen Bewegungen, welche die Ferreißung des Staates anstreben. In zahllosen Briefen von der Front kommt die Empörung und die Verzweiflung über diese Zustände zum Ausdruck. In unserem Parlamente wird ungestraft und ungeschändet täglich das verneint und verhöhnt, wofür Millionen draußen bluten und täglich ihr Leben einsetzen. Oesterreich steht draußen im Felde und wenn es zurückkehrt, wird es Rechenschaft fordern für die Unterlassungen, die inzwischen hier das Vaterland aufs Spiel setzen. Und jene werden es nie begreifen, daß um einer Einkerteligen wegen, einer Etikettefrage zuliebe inzwischen die konservativen Parteien sich selbst entrechteten ließen und das Staatsinteresse preisgegeben haben.

Im sozialdemokratischen Organ ist wiederholt die Parole ausgegeben worden, Proletariat und Kapital müßten nun eine Strecke Weges zusammengehen. Diese Schwärmerei für das Bündnis mit dem Geldsack hat heute ihre reale Betätigung gefunden und hat den Kriegsverdienern eine halbe Milliarde ins Ersporen gebracht. Unmittelbar nach dieser Abstimmung kam ein anderer Streitfall, der zwischen den beiden Häusern schwelte, im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung, das Gesetz über die Unfallversicherung der Bergarbeiter. Hier hatte das Herrenhaus eine von der Regierung beanstandete Bestimmung gestrichen, die eine prinzipielle Festsetzung der Mindestlohnforderung der Arbeiterschaft enthielt. Hier handelte es sich aber um einen auch sozialdemokratischen Grundsatz, den durchzukämpfen die sogenannte Arbeiterpartei ihren Wählern tausendmal versprochen hatte. Jedoch — das Gesetz wurde auf Bitte

Reichspost

21. XII. 1917

88

Schutzengel der Kriegsverdiener.

Wien, am 20. Dezember.

Eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses hat heute in dem Streite über die Kriegsteuer den Kriegsgewinnern einen großen unterhofften Dienst erwiesen. Eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus hat das gestern zwischen den beiden Häusern des Reichsrates im Reichsratsausschusse mühsam vereinbarte Abkommen verworfen und die ursprünglichen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses neuerlich durchgedrückt. Damit ist der kaum beigelegte Streit zwischen den beiden Häusern neuerlich entfacht und das Schicksal der Kriegsgewinnsteuer allen politischen und parlamentarischen Zufälligkeiten und Fährnissen abermals preisgegeben. Die lachenden Dritten sind die Kriegsgewinner. Der Finanzminister hat heute in der Verhandlung dem Hause zur Warnung gesagt, wenn die Kriegsteuer neuerlich hinausgeschoben werde, sicher sei nur eine schwere Schädigung der Staatsfinanzen, da Kriegsgewinne, die sonst noch erfaßt werden könnten, inzwischen verschwinden worden. Und in Wiener Finanzkreisen schätzt man den Schaden, der durch die Verächtelung der Kriegsteuer entsteht, auf mindestens eine halbe Milliarde. Eine halbe Milliarde ist die heutige Abstimmung im Abgeordnetenhaus für die Kriegsgewinner wert, um eine halbe Milliarde müssen sie weniger aus ihren Kriegsgewinnen zu den Kriegslasten beitragen, um eine halbe Milliarde müssen die zermürbten Leidtragenden dieses Krieges, Mittelstand und Arbeiterschaft, mehr Steuer zahlen, um diese halbe Milliarde wird der Wert unserer Valuta, die durch die höheren Steuereinnahmen in erster Linie ihre Verbesserung erfahren muß, vermindert und damit die Lebensführung der Bevölkerung gedrückt! Eine Prestigefrage, wie sie heute in dieser Art zwischen den beiden

Häusern ausgetragen wurde, kann beseitigt werden, dieser finanzielle Schade, der durch die neuerliche Verlagerung der Steuer entstanden ist, ist nicht mehr gutzumachen und fällt in voller Buchst den Schuldigen zur Verantwortung zu. Von den christlichsozialen Vätern fiel heute bei der Abstimmung der Ruf: „Das sind die Schutzengel der Kriegsverdiener in diesem Hause!“ Und es sind ganz besondere Schutzengel, die heute für die Kriegsverdiener am Werke waren, die freilich wenig Engelhaftes an sich haben.

Sie haben sich vor allem den Gegensatz zwischen den beiden Häusern für ihre Zwecke nutzbar gemacht. Es ist sehr zu bedauern, daß aus dem Streit um die Kriegsteuer beiderseits eine Frage des Prestiges und des politischen Gewichtes gemacht worden ist und damit die sachlichen Fragen in den Hintergrund getreten sind. Das Mißtrauen zwischen den beiden Häusern stammt schon aus der Zeit vor dem Kriege, aus der Zeit des sogenannten kleinen Finanzplanes, und es wäre heute überflüssig, über die Schuld von damals zu urteilen, da die Beteiligten aus dem politischen Leben zum größten Teil bereits ausgeschieden sind und die Ursachen des damaligen Kampfes heute nicht mehr bestehen. Heute handelt es sich um weit höhere Gesichtspunkte. Es steht die Rivalität zwischen den beiden Häusern im Vordergrund. Das Herrenhaus, für welches das steuerpolitische Gebiet der erungünstigste Boden zur Austragung dieser Kraftprobe war, das dabei Sonne und Wind gegen sich hatte, während es in rein politischen oder kulturellen Fragen weit stärkeren Rückhalt gefunden hätte, sah diese ungleiche Verteilung der Kräfte und den verfehlten Weg auch bereits ein und hat im gemeinsamen Ausschusse sowohl die Rückwirkung der Steuer für 1918 zugestanden als auch in der zweiten Streitfrage, in der Skala für Gesellschaften, bedeutende Zugeständnisse gemacht, wie auch von den Abgeordneten anerkannt wurde. Sachlich wäre das angebotene Kom-